

## 0.1 Die Besatzungspolitischen Konzeptionen der Alliierten

### 0.1.1. Pressepolitische Überlegungen der Alliierten

Im März 1943 wurde beim alliierten Oberkommando SHAEF, die Generalstabsabteilung G6 gebildet, die die politischen Richtlinien für die Militärregierungen in Deutschland ausarbeitete. Die Abteilung gliederte sich in zwei Unterabteilungen, PWD und PRD, die beide General Robert McClure unterstanden.

Die PWD, Psychological Warfare Division, war für die alliierte Informationskontrolle zuständig, PRD, Public Relations Division, übernahm die Öffentlichkeitsarbeit in den alliierten Ländern.

Während PWD den Koordinierungsrahmen für die amerikanischen und britischen Beamten, die aus dem Foreign Office rekrutiert waren, darstellte, war PRD eine mit Amerikanern und mit deutschen Emigranten besetzte Dienststelle.

Auf der Konferenz von Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945 hatten sich die USA, Großbritannien und die Sowjetunion auf die Ziele ihrer Politik in Deutschland nach der bedingungslosen Kapitulation geeinigt: Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Gesellschaft, Dekartellisierung der Industrie und Demokratisierung des öffentlichen Lebens.<sup>1</sup>

Artikel 10 des Communiqués der Potsdamer Konferenz legte aber ausdrücklich fest, dass Rede-, Religions- und Pressefreiheit gewährt blieben.<sup>2</sup>

Ziel der Alliierten war es, das deutsche Volk von seiner totalen Niederlage zu überzeugen, die Verantwortung für das eigene Leid, die Zerstörung der deutschen Wirtschaft und für das durch den Nationalsozialismus verursachte Chaos den Deutschen vor Augen zu führen. Die Erziehung der Deutschen, die Re-education, sollte die Entwicklung demokratischer Ideen fördern, Nationalismus und Militarismus ausrotten.<sup>3</sup>

War während des Krieges der Begriff „Umerziehung“ hauptsächlich im Zusammenhang mit schulischer Bildung, bzw. Beeinflussung von deutschen Kriegsgefangenen verwendet worden<sup>4</sup>, so gewann er nach Ende des Krieges immer mehr an Bedeutung für die Neugestaltung des Presse- und Informationswesens in den Besatzungszonen.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Protocol of the Proceedings of the Berlin Conference II. The Principles to Govern the Treatment of Germany in the Initial Control Period, in: Foreign Relations of the U.S. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, Vol. II, Washington 1960, p.1481f.

<sup>2</sup> ebenda, p. 1483.

<sup>3</sup> ebenda, p. 1482.

<sup>4</sup> Kurt Koszyk, Pressepolitik für Deutsche 1945 – 1949, Berlin 1986, im Folgenden unter „Koszyk, 1986“ aufgeführt, S. 123.

<sup>5</sup> Kurt Koszyk erwähnt, dass die Umerziehung aus der Sicht der Briten nur eine nebensächliche Rolle unter den Problemen einnahm, die langfristig gelöst werden mussten: „Die Umerziehung rangierte unter den langfristigen Problemen (Gebietsprobleme, Sicherheit vor weiterer deutscher Aggression, ökonomischen

In einem 1943 entstandenen Papier über ‚Richtlinien für einen Notfall-Plan in Bezug auf die Beeinflussung Deutschlands nach seiner Niederlage‘<sup>6</sup>, wurde als anzustrebendes Ziel die langfristige Integration Deutschlands in eine ‚friedliebende und gesunde europäische Ordnung‘<sup>7</sup> genannt. Diese Integration sollte repressionsfrei, den eigenen Idealen entsprechend auf möglichst liberalem Wege erreicht werden.

Zwar spielte das Presse- und Unterhaltungswesen eine wichtige Rolle bei der ideologischen Neuausrichtung in den alliierten Planungen, doch war man sich an den verantwortlichen Stellen durchaus darüber im Klaren, dass den Ausschlag für eine Veränderung der Einstellung der deutschen Bevölkerung das Verhalten der Besatzungstruppen und der Administration geben würde.<sup>8</sup>

An den Überlegungen zur Ausarbeitung der Umerziehungspläne für die deutsche Bevölkerung war auf britischer Seite maßgebend Con O’Neill beteiligt, dessen Vorstellungen Kurt Koszyk ausführlicher darlegt.

O’Neill Auffassung nach war es nur möglich, die Deutschen umzuerziehen, wenn dies durch Deutsche selbst und nicht durch die Besatzungsmächte geschähe, und wenn die Deutschen davon überzeugt werden könnten, dass die Zukunft ihres Landes nur gemeinsam mit der Zukunft ihrer Nachbarstaaten bzw. der Besatzungsmächte gesichert werden könne.<sup>9</sup>

Dabei spiele Umerziehung durch Propaganda eine zwar nicht unwichtige, aber doch untergeordnete Rolle. Der Weg zur Umerziehung sollte über die Erziehungsinstitutionen erfolgen, durch Zensur und weniger durch Propaganda.<sup>10</sup>

Anfang 1944 kritisierte O’Neill Entwürfe des PWE, weil in ihnen der Anschein erweckt werde, das deutsche intellektuelle Leben stünde völlig unter der Kontrolle der Besatzungsmächte, was nur zu deutscher Kritik an den Besatzungsmächten und ihren liberalen Prinzipien führen werde. Die Absicht, eine liberale Besatzungspolitik durchzuführen, werde in deutschen Augen unglaubwürdig und zöge die Hinwendung der Deutschen zu den rigiden nationalistischen Vorstellungen des Nationalsozialismus nach sich. Zudem glaubte O’Neill schon 1944 nicht, dass es einfach sein würde, die Interessen der westlichen Alliierten und die der Sowjetunion miteinander vereinbaren zu können. Unstimmigkeiten und Differenzen in der alliierten Besatzungspolitik führten aber unausweichlich zu

---

Fragen und Deutschlands Platz in einer Welt- oder europäischen Ordnung) an letzter Stelle.“ Koszyk, 1986, S. 124.

<sup>6</sup> „Lines for Emergency Plan, Propaganda to Germany after her Defeat“, 6. Juli 1943, zit. nach Koszyk, 1986, S. 124.

<sup>7</sup> ebenda.

<sup>8</sup> ebenda.

<sup>9</sup> ebenda.

<sup>10</sup> Ende des Jahres 1943 entwarf die PWE unter Con O’Neill Richtlinien für die EAC zur künftigen Deutschlandplanung. In diesen Richtlinien wurde der Vorbereitung von neuen Schulbüchern Vorrang vor der Schaffung eines neuen Pressewesens eingeräumt, was aber auch auf dem Mangel an fachkundigem Personal beruhte, ohne das ein Neuaufbau des Pressewesens undurchführbar erschien. Koszyk, 1986, S. 124.

Unglaublichkeit. Das Beste sei es, auf dem Gebiet des Presse- und Informationswesens den Deutschen freie Initiative zu ermöglichen.<sup>11</sup>

In die gleiche Richtung wiesen die Überlegungen in der Planungsphase kurz vor Kriegsende. Den westlichen alliierten Planungsstäben stellte sich die Frage, ob eine Drei-Mächte-Kontrolle für das Pressewesen in Deutschland eingerichtet werden sollte. Dabei gingen die Auffassungen von zivilen und militärischen Planern in einigen Punkten auseinander.

Man war sich auf amerikanischer und britischer Seite darüber im Klaren, dass es nicht möglich sei, Propaganda nur auf die jeweils eigene Zone zu begrenzen, dass aber andererseits Differenzen unter den Alliierten bei den Deutschen den Eindruck von tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten verstärken würden. Die zivilen Planer des Foreign Office hielten es für notwendig, sich mit der Sowjetunion zu einigen, um die Beziehungen der drei Besatzungsmächte untereinander nicht zu gefährden.

Die militärischen Planer des britischen Kriegsministeriums hielten den zivilen Planern entgegen, dass anglo-amerikanische Vereinbarungen nicht notwendigerweise antisowjetisch sein müssten, und dass es ein Fehler sei, anzunehmen, die Sowjetunion werde dauerhaft auf der Seite der USA und Großbritanniens stehen. Aus diesem Grunde hielten sie eine Zensur, die den liberalen Vorstellungen der Zivilplaner entgegenliefe für unabdingbar.<sup>12</sup>

Im August 1944 wurden in einem Memorandum von PWD/SHAEF über die Erfordernisse der psychologischen Kriegsführung die Ziele für die alliierte Nachkriegspolitik formuliert. Der wichtigste Punkt der alliierten Vorgehensweise bestand aus dem einheitlichen Auftreten der Alliierten gegenüber Deutschland.<sup>13</sup> Umerziehung wurde in diesen Richtlinien unabhängig von der Kontrolle und Zensur der Medien behandelt.<sup>14</sup>

---

<sup>11</sup> Koszyk, 1986, S. 125.

<sup>12</sup> Koszyk, 1986, S. 126.

<sup>13</sup> „Operation Talisman, Erfordernisse der psychologischen Kriegsführung“, Koszyk, 1986, S. 127.

<sup>14</sup> Koszyk, 1986, S. 127.

Kurt Koszyk bemerkt dazu, dass die Gründe für diese Vorgehensweise nicht klar seien, u.U. aber durch Hitlers „Mein Kampf“ erklärbar seien, worin die Presse als das hauptsächliche Erziehungsmittel der Regierung für Erwachsene bezeichnet werde. Ein möglicher weiterer Grund für die Trennung von „Umerziehung“ und „Zensur/Kontrolle“ muss aber m.E. darin gesehen werden, dass wie K.K. kurz vorher noch eingehend darstellt, die Konzeption der Briten von Anfang an diese Trennung vorsah. In den oben schon erwähnten „Lines for Emergency Plan, Propaganda to Germany after her Defeat“ wurde ja festgelegt, dass die Umerziehung nicht durch Presse, Rundfunk etc. erfolgen sollte, sondern durch den direkten Einfluss der britischen Besatzungsmacht, das Vorbild der Beamten und Militärs. Eine Verbindung von Umerziehung und Zensur der Presse hätte den Kontrollmaßnahmen eben genau die Bedeutung beigemessen, die sie nach britischer Auffassung nicht hatten. Gemessen an den ursprünglichen Konzeptionen der Briten ist diese Trennung durchaus schlüssig.

Ziel der Umerziehung war nach den Richtlinien vom September 1944, (...) das Interesse an den Ideen der Demokratie, wie Meinungsfreiheit, Redefreiheit, Presse- und Religionsfreiheit zu fördern'.<sup>15</sup>

Gegen Ende des Jahres 1944 arbeitete PWD noch in der Annahme, dass die Umerziehung der Deutschen ohne direkten amerikanischen und britischen Einfluss vonstatten gehen würde. Die Aufgaben der Informationskontrolle sollten sich darauf beschränken, deutsche Gegner des nationalsozialistischen Regimes zu finden und ihnen die nötigen technischen Voraussetzungen zu schaffen, um so frei und unabhängig arbeiten zu können wie es die Sicherheitsbedingungen der Besatzungsmächte erlaubten.<sup>16</sup>

Dieses liberale Konzept wich infolge des sich hinauszögernden Kriegsendes und des erst in dieser Zeit völlig deutlich werdenden Umfanges der Massenvernichtung dem harten Kurs des „austerity-program“, Danach wurde die Rückkehr der deutschen Bevölkerung zu staatsbürgerlicher Verantwortung aufgeschoben, was bedeutete, dass auch im Bereich des Informationswesens jede deutsche Initiative vorerst untersagt war.<sup>17</sup> Zu diesem Zweck war am 24.11.1944 von SHAEF das „Gesetz Nr.191“ erlassen worden, das das sofortige Verbot der Publikation aller Informations- und Massenmedien in den besetzten Gebieten verfügte.<sup>18</sup>

In der Direktive Nr. 1 der PWD/SHAEF zur Informationskontrolle vom 22.5.1945 wurde in Verbindung mit dem modifizierten „Gesetz Nr. 191 Abgeändert (1)“ die Grundlagen für die Zulassung von Printmedien geschaffen. Nach „Gesetz Nr.191 Abgeändert (1)“ musste eine schriftlich erteilte Genehmigung der Militärregierung vorliegen, um eine Zeitung herausgeben zu können. Bei Druck und Vertrieb Beschäftigte mussten bei den Militärbehörden registriert und für die Ausübung der Tätigkeit zugelassen sein.<sup>19</sup>

In der Direktive Nr. 1 der PWD/SHAEF vom 22.5.1945, die auf der Direktive JCS 1067 beruhte, wurde als Ziel der Umerziehung festgelegt, bei den Deutschen das Bewusstsein von der kollektiven Verantwortung für die Verbrechen Deutschlands und die Folgen der Nazi- und Militaristenherrschaft wachzurufen.<sup>20</sup> „Es wird keine Diskussion über Probleme der Zukunft Deutschlands als Nation geben außer solchen, die ausdrücklich gestattet werden (...). Auch sehr allgemein gehaltene offizielle Äußerungen über Deutschlands Zukunft sollen zur Zeit nicht länger erlaubt werden (...).“<sup>21</sup>

---

<sup>15</sup> Hierbei widerspräche eine Verbindung von Umerziehung, die das Interesse an Demokratie fördern sollte, und Kontrolle durch Zensur den angegebenen Intentionen; wiederum ein Hinweis darauf, dass die Trennung von Umerziehung und Zensur/Kontrolle hinreichend durch die angestrebten Ziele erklärt ist.

<sup>16</sup> Harold Hurwitz, Die Pressepolitik der Alliierten, in: Harri Pross, Deutsche Presse seit 1945, Bern, München 1965; im Folgenden unter „Hurwitz, 1965“ aufgeführt. Vgl. dazu auch Harold Hurwitz, Die Stunde Null der deutschen Presse, Köln 1972, S. 47; im Folgenden als „Hurwitz 1972“ aufgeführt.

<sup>17</sup> ders., S. 30.

<sup>18</sup> Hurwitz, 1972, S. 64 ff.

<sup>19</sup> Stephan Schölzel, Die Pressepolitik der französischen Besatzungszone 1945 – 1949, Mainz 1986, S. 23. Im Folgenden aufgeführt unter „Schölzel, 1986“.

<sup>20</sup> Koszyk, 1986, S. 40.

<sup>21</sup> zit. nach Hurwitz, 1965, S. 31.

Eine Woche später allerdings hatten gemäßigte Kreise, die dem „austerity-program“ ablehnend gegenüber standen, eine milder formulierte Direktive durchsetzen können. In der Direktive Nr. 2 der PWD/SHAEF von 28.5.1945 wurde zwischen der passiven Schuld des deutschen Volkes und der aktiven Schuld der Regierung unterschieden. Die Militärregierungen sollten die demokratischen Elemente des deutschen Volkes zur Mitarbeit heranziehen und ihre Arbeiten als Vorbild für demokratisches Verhalten nach außen hin darstellen.<sup>22</sup>

In die gleiche Richtung wies das von PWD/SHAEF den Militärkommandeuren am 16.4.1945 vorgelegte „Handbuch für die Kontrolle der deutschen Informationsdienste“, in dem einheitliche Grundsätze für die Militärverwaltung ausgearbeitet worden waren.<sup>23</sup>

Wichtigstes Prinzip der anglo-amerikanischen Vorstellungen war die Drei-Mächte-Kontrolle des neuzuschaffenden Informationswesens.<sup>24</sup> Das SHAEF-Handbuch sah für die alliierte Pressepolitik einen Dreistufenplan vor, dessen Durchführung der EAC obliegen sollte.

- Phase 1: Blackout, in dem alle deutschen Informationsdienste ausgeschaltet werden sollten;
- Phase 2: Gebrauch der alliierten Informationsdienste und Überprüfung der deutschen Informationsdienste;
- Phase 3: Allmählicher Übergang von den alliierten Informationsdiensten auf deutsche Informationsdienste unter alliierter Kontrolle.<sup>25</sup>

Während der ersten Phase war die Publikation von Mitteilungen und Verordnungen der Militärbehörden vorgesehen, um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu gewährleisten.

Die zweite Phase erlaubte den Gebrauch alliierter Informationsdienste, um der deutschen Bevölkerung das Verhältnis zur alliierten Besatzungsmacht zu verdeutlichen. In dieser Phase sollte eine Überprüfung der deutschen Informationsdienste auf eine eventuelle Verwendbarkeit in der dritten Phase erfolgen. In der dritten Phase schließlich sollte der kontrollierte Übergang von den alliierten Informationsdiensten auf deutsche Informationsdienste vorgenommen werden, nachdem der Einfluss nationalsozialistischer und militaristischer Gedankengutes auf die deutsche Presse beseitigt worden war.<sup>26</sup>

---

<sup>22</sup> Hurwitz, 195, S. 32. Vgl. auch Koszyk, 1986, S. 40, sowie Hurwitz, 1972, S. 75.

<sup>23</sup> Hurwitz, 1972, S. 73f.

<sup>24</sup> Koszyk, 1986, S. 23.

<sup>25</sup> ders., S. 26.

<sup>26</sup> ders., S. 25f.

Als für die neue deutsche Presse geeignet erschienen diejenige Redakteure, deren politische Haltung als „einwandfrei im Sinne ‚demokratischer Ideale‘<sup>27</sup> bezeichnet werden konnte. Die Redakteure sollten sich für Rede-, Religions- und Meinungsfreiheit eingesetzt, und die Überzeugung vertreten haben, „dass Verbrechen gegen die Zivilisation und Humanität unerträglich seien“<sup>28</sup>.

Die Verwirklichung der im SHAEF-Handbuch formulierten Prinzipien erfolgte in den einzelnen Besatzungszonen mit unterschiedlicher Effizienz. Die Gründe dafür lagen zum einen in der „Vielschichtigkeit der militärischen und zivilen Hierarchien“<sup>29</sup>, die zu Kompetenzgerangel und unterschiedlichen Interpretationen der Prinzipien führten. Zum anderen störten die voneinander abweichenden Auffassungen über Begriff und Wesen der Demokratie eine einheitliche Durchsetzung der alliierten Pläne. Dabei spielte nicht nur die westliche und die östliche Auffassung von Demokratie eine ausschlaggebende Rolle, sondern es gab auch zwischen den westlichen Alliierten unterschiedliche Auffassungen, die schließlich zu zeitweilig unterschiedlichen Entwicklungen des Pressewesens führten.

In der unmittelbar an die Besetzung Deutschlands anschließenden Zeit gaben die Alliierten gemäß den ausgearbeiteten Plänen von PWD/SHAEF zunächst Zeitungen unter eigener Regie heraus.

Diese „Zeitungen“, anfangs nur zur propagandistischen Zersetzung der deutschen Armee gedacht, wurden bald auch im Hinblick auf die deutsche Zivilbevölkerung konzipiert. Der Zweck dieser Zeitungen, die eigentlich nicht mehr als Flugblätter waren, bestand darin, den Widerstand der deutschen Bevölkerung aufzulösen und ihr Perspektiven für die „gefürchtete“ Besatzungszeit zu bieten. Zu diesem Zweck enthielten die Flugblatt-Zeitungen Features über die zukünftige Behandlung der Deutschen unter alliierter Besatzung.<sup>30</sup>

Verantwortlich für die Redaktion dieser Heeresgruppenzeitungen war Hans Habe, ein österreichischer Emigrant, der als Hauptmann der US-Armee nach Europa gekommen war. Zusammen mit etwa 20 weiteren Redakteuren rief er insgesamt 13 „overt-newspapers“ mit einer Gesamtauflage von bis 8,5 Millionen Exemplaren ins Leben.

Bei den Armeegruppen-Zeitungen handelte es sich im Folgenden um:

den „Kölnischen Kurier“, Köln,	2.4.45 bis 26.2.46;
die „Frankfurter Presse“, Frankfurt am Main,	21.7.45 bis 26.7.46;
die „Hessische Post“, Kassel,	28.4.45 bis 22.9.46;
den „Braunschweiger Boten“, dass.	4.5.45 bis 8.6.46;
die „Ruhr-Zeitung“, Essen,	12.5.45 bis 4.5.46;

---

<sup>27</sup> ders., S. 27.

<sup>28</sup> ebenda.

<sup>29</sup> ebenda.

<sup>30</sup> Hurwitz, 1972, S. 50f.

den „Bayrischen Tag“, Bamberg,	19.5.45 bis 13.11.45;
die „Münchner Zeitung“, dass.,	9.6.45 bis 6.10.45;
die „Süddeutschen Mitteilungen“, Heidelberg,	16.6.45 bis 1.9.45;
den „Weser-Boten“, Bremen,	23.6.45 bis 15.9.45;
die „Regensburger Post“, Straubing,	29.6.45 bis 16.10.45;
den „Augsburger Anzeiger“, dass.,	13.7.45 bis 23.10.45;
die „Stuttgarter Stimme“, dass.,	3.8.45 bis 14.9.45;
die „Allgemeine Zeitung“, Berlin,	8.8.45 bis 11.11.45. <sup>31</sup>

Die Heeresgruppenzeitungen enthielten Informationen sowohl aus den besetzten als auch den nicht-besetzten Gebieten, internationale Nachrichten, hauptsächlich aber Mitteilungen und Verordnungen der Militärregierung.<sup>32</sup>

Aufgrund des kleinen Redaktionsstabes, der für die Herausgabe der Zeitung zuständig war, stimmten die Armeegruppen-Zeitungen inhaltlich überein; Habe bemühte sich allerdings darum, den einzelnen Blättern ein jeweils anderes Aussehen zu geben. Um die Leser der Armeegruppen-Zeitungen anzusprechen, machten Habe und sein Redaktionsstab Konzessionen an den deutschen Geschmack, etwa durch Einrichtung von Glossen, die typisch für die Zeitungen der Weimarer Republik waren, oder durch Auflockerung der Texte durch Fotografien.<sup>33</sup>

## **0.2. Pressepolitische Konzeptionen der britischen Militärregierung**

### **0.2.1. Organisation der Administration**

Nach der Auflösung von PWD im Juli 1945 übernahm im August 1945 die PR/ISC, die „Public Relations/Information Services Control-Group“, unter der Leitung von Generalmajor W.H. Alexander Bishop ihre Tätigkeit auf. Sie hatte ihren Sitz in Bünde/Westfalen und sollte von dort aus die medienpolitische Entwicklung in der britischen Zone begleiten und kontrollieren.

PR/ISC verfügte über zwei Hauptabteilungen. Der Public Relations Branch war zuständig für die Erläuterung der Tätigkeit der Control-Commission of Germany/British Element und der britischen Militärregierung in der Öffentlichkeit. Der Information Services

<sup>31</sup> Hurwitz, 1972, S. 80.

<sup>32</sup> Arnulf Kutsch, Neue Zeitungen für Deutsche, in: Geschichte im Westen, Jg. 3 (1988), Heft 3, S. 49. Im Folgenden zitiert als „Kutsch, 1988“.

<sup>33</sup> Hurwitz, 1972, S. 79 ff.

Control Branch, mit seiner Untergliederung in die Abteilungen Rundfunk, Presse, Filmwesen, Bücher und Zeitschriften, sowie Musik und Theater hatte die Aufgabe, die publizistischen Medien zu lizenzieren, ihren Aufbau zu initiieren und ihre Entwicklung zu kontrollieren. ISC verfügte über regionale Einheiten in den Hauptstädten der später neugebildeten Länder.<sup>34</sup>

Zur Umsetzung der pressepolitischen Konzeptionen der Militärregierung verfügte PR/ISC über einen Stab von nur 100 Mitarbeitern, die zudem nur schlechte Deutsch- und Landeskenntnisse hatten.

Deutsche Emigranten wollte die britische Militärregierung aus Sorge vor einer Diskreditierung dieser Mitarbeiter in der deutschen Bevölkerung nicht einstellen.<sup>35</sup>

Aus diesem Grunde, aber auch wegen des herrschenden Papiermangels und der bestehenden Versorgungs- und Kommunikationsschwierigkeiten, und nicht zuletzt wegen der Antipathien des britischen Oberbefehlshaber Montgomery gegen General Eisenhower verzögerte sich die Zulassung der deutschen lizenzierten Zeitungen. Eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse trat erst ein, als im September 1945 deutsche Emigranten, wenn auch nur durch Zeitverträge, bei ISC beschäftigt werden konnten. Dadurch wurde der Personalmangel, vor allen Dingen der Mangel an qualifiziertem Personal, kurzfristig gemildert.<sup>36</sup>

## **0.2.2. Konzept der britischen Militärregierung**

Bis zu diesem Zeitpunkt – August 1945 – war die Politik der britischen Militärregierung dem Konzept von PWD/SHAEF gefolgt.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden während des Blackouts für das deutsche Presse- und Informationswesen in der britischen Zone lediglich die von den Briten selbst hergestellten Armeezeitungen publiziert.

Neben den „Aachener Nachrichten“ und der „Ruhr-Zeitung“ – an ihr hatte Stefan Heym<sup>37</sup> mitgewirkt -, die die britische Besatzungsmacht von den Amerikanern übernommen hatten, gab die britische Militärregierung 12 weitere ausgewählte Armeezeitungen heraus. Die vom

---

<sup>34</sup> Schaubild bei Kutsch, 1988, S. 52.

<sup>35</sup> Kutsch, 1988, S. 52; vgl. auch Koszyk, 1986, S. 27.

<sup>36</sup> Kutsch, 1988, S. 52; Koszyk, 1986, S. 137.

<sup>37</sup> Stefan Heym, der eigentlich Hellmuth Fliegel heißt, wurde 1913 in Chemnitz geboren. 1933 verließ er Deutschland, emigrierte 1935 in die USA. Von 1937 bis 1939 gab er das kommunistisch orientierte „Deutsche Volksecho“ heraus. Seit 1945 hielt er sich als amerikanischer Presseoffizier in Deutschland auf, arbeitet seit 1953 als freier Schriftsteller in der DDR.

Allied Press Service in London ausgewählten Nachrichten sollten den Deutschen helfen, den wahren Charakter der nationalsozialistischen Presse erkennen zu lernen.<sup>38</sup>

Schon Ende Mai, Anfang Juni 1945 hatte die britische Militärregierung konkrete Richtlinien für den Lizenzierungsmodus deutscher Zeitungen erlassen.

Angestrebt wurden die Gruppenzeitungen, deren Lizenzträger den unterschiedlichen Politischen und gesellschaftlichen Gruppen einer Region angehörten, und auf diese Art die deutsche Allgemeinheit repräsentieren sollten.<sup>39</sup>

Aus den oben schon genannten Gründen, aber auch wegen der Umerziehungskonzeption der britischen Kontrollkommission verzögerte sich die Zulassung der von deutschen Journalisten geführten Zeitungen. In der britischen Kontrollkommission herrschte die Ansicht vor, deutsche Journalisten könnten erst an der Redaktion der Zeitungen beteiligt werden, wenn sie den typisch deutschen Berichterstellerstil abgelegt hätten, in dem die aktuellen Meldungen mit tendenziösen Kommentaren vermischt wurden, und der dem Leser die selbständige politische Information und Orientierung schon in der Zeit der Weimarer Republik erschwert hatte.<sup>40</sup>

Das Konzept der Lizenzierung von Gruppenzeitungen wurde im Oktober 1945 durch das britische Kabinett Attlee aufgegeben. Es hatte sich als undurchführbar erwiesen, Journalisten, die politisch unterschiedlichen Parteien nahestanden, zusammenarbeiten zu lassen. Das Prinzip der Gruppenzeitungen stieß zudem auf heftige Ablehnung bei den der CDU nahestehenden Verlegern, die eine Begünstigung der sozialdemokratischen und kommunistischen Linie in der gemeinsam herausgegebenen Zeitung durch die ihrer Meinung nach labourfreundliche britische Besatzungsadministration befürchteten.<sup>41</sup>

Das neue Konzept sah vor, in jeder größeren Stadt bzw. in den ländlichen Regionen eine Anzahl verschiedener parteipolitisch orientierter Zeitungen herauszugeben, ohne diese jedoch der direkten Kontrolle der jeweiligen Partei zu unterstellen.<sup>42</sup> Die Gebiete, in denen eine Zeitung verbreitet werden durfte, stimmten mit den rein willkürlich abgegrenzten Korpsbezirken der britischen Armee überein.

Die Absicht der britischen Militärregierung bestand darin, ein Wiedererstehen der politisch standpunktlosen Generalanzeiger-Presse der Weimarer Republik, die nur an Profit orientiert war, zu verhindern. Gleichzeitig sollte aber auch eine unrentable Kleinanzeigerpresse mit Lokalzeitungen unterbunden werden, da sie nach Meinung der

---

<sup>38</sup> Koszyk, 1986, S. 131.

<sup>39</sup> ebenda.

<sup>40</sup> ders., S. 132.

<sup>41</sup> Koszyk, 1986, S. 158.

Dabei berücksichtigten die bürgerlichen Verleger nicht den Interessengegensatz zwischen SPD und KPD einerseits, und der Politik der britischen Labourregierung und der Militäradministration der britischen Zone andererseits.

<sup>42</sup> Kutsch, 1988, S. 54; vgl. dazu Koszyk, 1986, S. 134.

britischen Pressefachleute, früher oder später aufgrund ihrer Unrentabilität unter unkontrollierbaren politischen respektive wirtschaftlichen Einfluss geraten würde.<sup>43</sup>

Die Parteien konnten infolge des veränderten Lizenzierungsverfahrens zuverlässige Personen als Lizenzträger und Redakteure vorschlagen. Für jede Zeitung musste sichergestellt sein, dass zumindest einer – entweder Lizenzträger oder Redakteur – über journalistische Erfahrung verfügte. Zudem durfte keine der vorgeschlagenen Persönlichkeiten nach 1933 publizistisch tätig gewesen sein.<sup>44</sup> Die neuzuschaffenden Zeitungen sollten eine pluralistische Willensbildung im politischen Bereich fördern und die Schaffung eines demokratischen Bewusstseins in der Bevölkerung in Gang setzen.

In einem Brief an die Lizenzverleger fasste Major Huijsmans<sup>45</sup> die Absichten der britischen Pressepolitik zusammen. Nach dieser Auffassung beruhe das Prinzip der Demokratie auf Übereinstimmung zwischen Regierung und Bevölkerung. Die Regierung solle in der Lage sein, ihre Absichten und Maßnahmen der Bevölkerung darzustellen und einsichtig zu machen, während die Bevölkerung in die Lage versetzt werden soll, die Maßnahmen der Regierung verständlich beurteilen zu können.

In der Information der Bevölkerung liege eine Aufgabe, die die Presse in einer Demokratie auszufüllen hätte, eine weitere Aufgabe der Presse sei es, ein Gegengewicht zur Regierung zu bilden. Das Wesen einer demokratischen Regierung bringe es mit sich, gegen den Willen der Bevölkerung politische Maßnahmen durchzuführen, da eine öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit der geplanten Maßnahmen eine zu große Wartezeit beanspruche. Die Presse erhalte hier also die Funktion eines Kontrollorgans der Exekutive.

Neben der Presse spielten die Parteien eine herausragende Rolle in einer Demokratie. Sie hätten die Aufgabe, die Meinung der Bevölkerung zu kanalisieren, durch gewählte Vertreter die Auffassungen und Bedürfnisse ihrer Anhänger zum Ausdruck zu bringen und in die Realität umzusetzen.

Um dem einzelnen Bürger die Wahl der seinen Auffassungen entsprechenden Parteien zu erleichtern, habe sich die CCG/BE dazu entschlossen, Zeitungen zu lizenzieren, die die vorherrschenden politischen Richtungen in der britischen Zone repräsentierten.

Diese seien zum einen dafür verantwortlich, die Ansichten und Ziele der Partei darzulegen, zum anderen hätten sie die Aufgabe, gegenüber den anderen Parteien und der Öffentlichkeit, sowie innerhalb der eigenen Partei eine Mittlerrolle zu spielen, ihre Aufgabe sei es, „(...) die Ansichten der Parteianhänger als einer Gesamtheit zu vertreten und ein Forum für die freie Diskussion dieser Ansichten zu schaffen“<sup>46</sup>. Aus diesem Grunde sei jede einseitige Darstellung von Richtungen sowohl innerhalb der einzelnen Partei, als auch

---

<sup>43</sup> Kutsch, 1988, S. 54.

<sup>44</sup> Kutsch, 1988, S. 54.

<sup>45</sup> Huijsmans war im November 1945 zum „Controller of Press and Public Relations Branch“ ernannt worden. Seine Aufgabe bestand darin, die Lizenzvergabe in der britischen Zone durchzuführen und zu überwachen.

<sup>46</sup> Koszyk, 1986, S. 162.

innerhalb des Parteiengefüges zu vermeiden. Die Leser hätten zudem das Recht, ausgiebig über das für sie interessante Geschehen informiert zu werden.

Deshalb sei es unabdingbar, dass die Unabhängigkeit der Presse den Parteien gegenüber gewahrt bleibe. Ansonsten „verliere sie ihre Freiheit der Betrachtung und möglicherweise auch ihre Integrität“<sup>47</sup>.

Es sei wichtig, Nachrichten und Kommentare in den Zeitungen voneinander nicht nur inhaltlich, sondern auch optisch zu trennen; auch hätten die Redakteure die Pflicht, selbst die Nachrichten, die nicht in ihr politisches Konzept passten, zu veröffentlichen, um eine wahrheitsgemäße Information des Lesers zu gewährleisten. Wichtig für die zu lizenzierenden Zeitungen sei zudem die Pflege des Kontaktes mit den Lesern durch eine Leserbriefspalte, und „gute Briefe bei bedeutenden Persönlichkeiten ‚zu animieren‘“, um ein hohes Leserbriefniveau zu erreichen.<sup>48</sup>

Gerade das nicht genau umrissene, von den Briten absichtlich offengelassene, Verhältnis von Partei und Parteivorstand zur Lizenzpresse sorgte für einige Missverständnisse über den Einfluss der Partei auf die Berichterstattung der parteinahen Zeitungen.<sup>49</sup>

Innerhalb der britischen Zone wurde die Lizenzvergabe aufgrund der unterschiedlichen Meinungen der regionalen Presseoffiziere nicht einheitlich gehandhabt.<sup>50</sup> Einheitlich war lediglich das Genehmigungsverfahren. Jedem Antrag musste eine Nullnummer, d.h. ein Konzept der zu schaffenden Zeitung beigelegt werden. Die Lizenzanträge wurden von den regionalen Presseoffizieren begutachtet und, wenn nichts zu beanstanden war, zur PR/ISC nach Bünde weitergeleitet, wo die endgültige Entscheidung über die Lizenzvergabe erfolgte.

Die ersten Ausgaben unterlagen einer Vorzensur, aber schon nach kurzer Zeit gingen die Briten zur Nachzensur über. Im Februar 1946 waren für die britische Zone insgesamt 40 Zeitungen geplant, von denen bis März 17 eine Lizenz erhalten sollten. Nach der Planung der Besatzungsadministration sah die Verteilung der einzelnen Zeitungen auf die einzelnen Parteien mit den jeweiligen Ausgaben folgendermaßen aus:

SPD	15 Ztg. mit insgesamt 2.050.000 Auflage;
CDU	10 Ztg. mit insgesamt 1.100.000 Auflage;
KPD	7 Ztg. mit insgesamt 760.000 Auflage;

---

<sup>47</sup> ebenda.

<sup>48</sup> ders., S. 161 ff.

<sup>49</sup> Heinz-Dietrich Fischer, Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. Geschichte, Rechtsstellung, wirtschaftliche Basis und publizistische Funktion der Parteipresse sowie der Parteirichtungs- und Parteipresse bis 1966/67, Bremen 1971, S. 56. Im Folgenden unter „Fischer, 1971“ aufgeführt.

<sup>50</sup> Koszyk, S. 142.

Zentrum	1 Ztg. mit	insgesamt	80.000 Auflage;
Liberale	2 Ztg. mit	insgesamt	450.000 Auflage;
parteilose, nicht gebundene	5 Ztg. mit	insgesamt	600.000 Auflage. <sup>51</sup>

### 0.2.3. Parteienpresse in der britischen Zone

Hier soll im Folgenden kurz die Entwicklung des Pressewesens in der britischen Zone seit 1946 dargestellt werden, wobei der Schwerpunkt dem Thema der Arbeit entsprechend auf der nordrhein-westfälischen Presse liegt.

Noch vor Beendigung der Kampfhandlungen auf deutschem Boden erfolgte im nordrheinischen Raum durch die amerikanischen Truppen die Gründung von Heeresgruppen-Zeitungen. Die von den Militärregierungen herausgegebenen Zeitungen berichteten 4 bis 6 Seiten über Lokales, in erster Linie aber über Maßnahmen der Besatzungsmacht, sowie über Ereignisse auf deutscher Seite, etwa Parteigründungen oder die Ernennung von Beamten.<sup>52</sup>

Am 25.1.1945 erschien in Aachen die „Aachener Nachrichten“, die wie oben schon erwähnt, von Hans Habe herausgegeben wurden, an denen aber auch schon Deutsche mitarbeiteten. Lizenzträger war der Sozialdemokrat Heinrich Hollands.<sup>53</sup> Am 2.4.1945 erschien der „Kölnische Kurier“, am 12.5.1945 die „Ruhr-Zeitung“ in Essen und am 15.5.1945 die „Neue Westfälische Zeitung“, Oelde. Die drei letztgenannten Zeitungen wurden infolge des „austerity-program“ der Alliierten ohne deutsche Mitarbeiter hergestellt.

Nach Übernahme der Besatzungsmacht im rheinisch-westfälischen Raum durch die Briten wurde am 18.7.1945 in Düsseldorf die „Neue Rheinische Zeitung“ herausgegeben, an der wieder deutsche Redakteure beteiligt waren. Seit Anfang August waren dann in den Redaktionen aller vier Zeitungen wieder deutsche Mitarbeiter beschäftigt.<sup>54</sup>

Zwischen Herausgabe der Armeegruppen-Zeitungen und der ersten Lizenzierung der rheinisch-westfälischen Presse lagen dann aber noch 6 Monate, in denen ein neues Konzept für die Lizenzpresse der britischen Zone ausgearbeitet wurde.

Zu den Zeitungen der britischen Zone, die als erste eine Lizenz erhielten, gehörte die „Braunschweiger Zeitung“, die am 8.1.1946 zum ersten Mal erschien. Lizenzträger, Herausgeber und Schriftleiter war Hans Eckenberger. Die Auflage belief sich auf 100.000 Exemplare.<sup>55</sup> Am 22.2.1946 erschien die erste Ausgabe der „Aachener Volkszeitung“ mit

<sup>51</sup> Koszyk, 1986, S. 137.

<sup>52</sup> Koszyk, 1986, S. 43.

<sup>53</sup> vgl. Hurwitz, 1972, S. 54 ff.; Koszyk, 1986, S. 43; Kutsch, 1988, S. 49.

<sup>54</sup> Kutsch, 1988, S. 51.

<sup>55</sup> Koszyk, 1986, S. 478.

einer Auflage von 87.000 Exemplaren. Die „Aachener Volkszeitung“ repräsentierte schon den Typ der Partei-Zeitung, dem die britische Militärregierung den Vorzug vor der ursprünglich geplanten Gruppenzeitung gab. Lizenzträger waren Dr. Josef Hofmann, gleichzeitig auch Herausgeber, und Dr. Albert Maas, zusammen mit Hofmann Schriftleiter der „Aachener Zeitung“, die als der CDU nahestehend angesehen wurde.<sup>56</sup>

In einer Feierstunde am 26.2.1946 im Düsseldorfer Stahlhof, dem Sitz der Militärregierung Nordrhein, wurden die ersten Lizenzen an ihre neuen Eigentümer durch Alexander Bishop vergeben. Es handelte sich dabei u.a. um folgende Zeitungen:<sup>57</sup>

Aachener Volkszeitung, (CDU)<sup>58</sup>;  
Volksstimme, Köln, (KPD)<sup>59</sup>;  
Rheinische Zeitung, Köln (SPD)<sup>60</sup>;  
Rheinische Post, Düsseldorf (CDU)<sup>61</sup>;  
Freiheit, Düsseldorf (KPD)<sup>62</sup>;  
Westfälische Rundschau, Dortmund (SPD)<sup>63</sup>;  
Westfalen-Zeitung, Bielefeld (CDU)<sup>64</sup>;

Für FDP und Zentrum wurden jeweils erste Lizenzen einen Monat später erteilt. Die „Westdeutsche Rundschau“, die in Wuppertal erschien und der FDP zugerechnet wurde, wurde am 8.5.1946 zum ersten Mal herausgegeben.<sup>65</sup> Die erste Ausgabe der „Rhein-Ruhr-Zeitung“, die dem Zentrum zugerechnet wurde, erschien am 14.5.1946.<sup>66</sup>

Bis zum September 1946 waren in der britischen Zone insgesamt 42 Zeitungen gegründet. Von den 39 parteinahen Zeitungen tendierten 13 zur SPD, 10 standen der CDU nahe, 7 der KPD, 2 dem Zentrum und 7 bezeichneten sich als überparteilich. Zu diesen Zeitungen hinzu kamen die Zonenzeitung „Die Welt“ und zwei Wochenzeitungen, darunter

---

<sup>56</sup> ders., S. 480.

<sup>57</sup> Daten nach Koszyk, 1986, S. 480 f.

<sup>58</sup> S.O.

<sup>59</sup> Auflage 60.500 Exemplare; Lizenzträger waren Ismar Heilborn und Kurt Bachmann; die „Volksstimme“ erschien zum ersten Mal am 4.3.1946.

<sup>60</sup> Die Auflage belief sich auf 98.000 Exemplare. Lizenzträger waren u.a. Robert Görlinger, Hans Böckler und Hans Reifferscheidt. Erster Erscheinungstag war der 2.3.1946.

<sup>61</sup> Die Auflage belief sich auf 282.000 Exemplare. Lizenzträger waren Karl Arnold, Dr. Anton Betz und Dr. Erich Wenderoth. Erster Erscheinungstag war der 2.3.1946.

<sup>62</sup> Mit 118.000 Exemplaren Auflage. Lizenzträger waren Karl Schabrod und Peter Waterkorte. Die „Freiheit“ erschien zum ersten Mal am 1.3.1946 und wurde am 3.1.1949 von der britischen Militäradministration verboten.

<sup>63</sup> Die Auflage belief sich auf 338.500 Exemplare. Fritz Henssler, Paul Sattler, Heinrich Sträter waren Lizenzträger und zugleich Herausgeber. Die Zeitung erschien zum ersten Mal am 20.3.1946.

<sup>64</sup> Die Auflage belief sich auf 129.500 Exemplare. Lizenzträger waren Alfred Hausknecht und Dr. Dieter Lauenstein, erster Erscheinungstag war der 15.3.1946.

<sup>65</sup> zu den näheren Angaben s. Kapitel 1.3 zur FDP.

<sup>66</sup> zu den näheren Angaben s. Kapitel 1.5 zum Zentrum.

„Die Zeit“. Die Auflage belief sich auf insgesamt 15 Millionen Exemplare für 22 Millionen Einwohner.<sup>67</sup>

In Nordrhein und Westfalen waren bis zu diesem Zeitpunkt insgesamt 20 Lizenzblätter erschienen. Neben den schon aufgeführten gehörten dazu: für das Zentrum der „Neue Westfälische Kurier“, der in Werl erschien. Die FDP erhielt neben der „Westdeutschen Rundschau“, das „Westfälische Tageblatt“<sup>68</sup>. Die SPD erhielt zu den 2 schon lizenzierten Blättern noch 4 weitere dazu, so dass sie mit der CDU, die noch 3 weitere Lizenzen erhielt, über die gleiche Menge an Tageszeitungen verfügte. Der KPD wurden noch 2 weitere Lizenzen übergeben.

Sowohl die Verteilung der Lizenzen unter den Parteien als auch die regionale Verteilung der Zeitungen in Nordrhein und Westfalen lässt das Bemühen der britischen Militärregierung um Ausgewogenheit erkennen: 11 Tageszeitungen erschienen in Nordrhein, 9 in Westfalen.<sup>69</sup>

Trotzdem kam es bei der Lizenzverteilung in Nordrhein und Westfalen zu Schwierigkeiten. So waren zum einen einige Parteien durch fehlende Lizenzen regional nicht repräsentiert. Die CDU verfügte im Ruhrgebiet nur über begrenzte Möglichkeiten, ihren politischen Standpunkt in der Öffentlichkeit publik zu machen, während die SPD mit der „Westfälischen Rundschau“ und mit der „Neue Ruhrzeitung“ dort gleich über zwei Publikationsorgane verfügte. Erst am 1.3.1949 erschien mit den „Ruhrnachrichten“ eine zweite CDU-nahe Zeitung im Ruhrgebiet.

In Ostwestfalen waren Zentrum und FDP nicht repräsentiert, während SPD, CDU und KPD über je eine Zeitung verfügten.<sup>70</sup>

Insgesamt gesehen glichen allerdings die vielfältigen Lokalausgaben der zugelassenen Tagesblätter ein zu hohes Informationsdefizit in der Bevölkerung aus. Arnulf Kutsch führt aus einer Statistik für Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 1947 eine Zahl von mehr als 230 Nebenausgaben der lizenzierten Tageszeitungen an, womit ein pluralistisches Meinungsspektrum zumindest im Ansatz gewährleistet war.<sup>71</sup>

Aufgrund der niedrigen Papierkontingentierung war es andererseits auch nicht möglich, die gesamte Bevölkerung mit der sie jeweils interessierenden Zeitung zu versorgen, war doch schon die Erscheinungsweise wegen der Papierknappheit bis 1947 auf zwei Mal pro Woche begrenzt; erst mit dem Jahreswechsel 1947/48 erhöhte sich die Erscheinungsweise auf drei Mal pro Woche.

---

<sup>67</sup> Zum Vergleich: In der US-Zone erschienen 20 Millionen Exemplare für 17 Millionen Einwohner; in der SBZ 45 Millionen Exemplare für 17 Millionen Einwohner, wobei dort mehr als die Hälfte der 80 zugelassenen Zeitungen täglich erschienen. (Koszyk, 1986, S. 160.)

<sup>68</sup> s. dazu Kapitel 1.3 zur FDP.

<sup>69</sup> Kutsch, 1988, S. 57.

<sup>70</sup> Kutsch, 1988, S. 57.

<sup>71</sup> ebenda.

Da sich die Papierzuteilung für die einzelnen Zeitungen nach dem geschätzten Anhängerpotential der jeweiligen Partei in der Region richtete, wurde nach den ersten Wahlen im Oktober 1946 die Papierzuteilung revidiert.

Die CDU-Tagespresse erhielt 25,8% mehr Papier, die SPD-nahe Presse 0,4% und die FDP-nahe Presse 17,6% mehr an Papier; dagegen erfuhren die KPD-orientierten Zeitungen eine Kürzung um 49,2%, also um fast die Hälfte der ursprünglichen Zuteilung, die Zentrums-nahe Presse erhielt 1,3% weniger Papier.<sup>72</sup>

Ein weiteres Problem, das sich aus dem Konzept der Lizenzierung ergab, war die ungenaue Stellung der Zeitungen zu den Parteien. Der Begriff „Parteipresse“ und die Tatsache, dass die Lizenzträger von den Parteien vorgeschlagen worden waren, hatten zu der Auffassung beigetragen, die Parteien hätten maßgeblichen Einfluss auf die Zeitungen. Dass dies nicht der Fall war, zeigen die Beispiele des „Westdeutschen Tagesblatt“ und der „Rhein-Ruhr-Zeitung“. In beiden Fällen beließ die britische Militärregierung die von den Parteien angegriffenen Lizenzträger als verantwortliche Redakteure in ihren Positionen.<sup>73</sup>

Die Zulassung parteinaher Zeitungen stand im Einklang mit dem britischen Konzept der Umerziehung. Die Lizenzpresse sollte ein Instrument sein, „um den deutschen politischen Parteien ‚etwas zu tun zu geben und ihnen zu helfen, ihre Vorstellungen zu formulieren‘, bevor sie definitiv Regierungsverantwortung übernehmen“<sup>74</sup>. Sie stellte damit eine Stufe auf dem Weg zur Umerziehung der deutschen Bevölkerung dar.<sup>75</sup>

#### **0.2.4. Britische Konzeptionen zur Pressepolitik 1947 – 1949**

Zu einem beträchtlichen Teil hatte die Umstellung der Lizenzierungskonzeption ihren Ursprung aber auch in der verstärkten Bevorzugung der kommunistischen Presse in der sowjetischen Besatzungszone, der die britische Regierung ein publizistisches Gegengewicht entgegensetzen wollte. Und schließlich spielte das negative Bild, das die deutsche Bevölkerung von der Besatzungsmacht hatte, sowie die Kritik im eigenen Lande an der Besatzungspolitik eine Rolle in der britischen Pressepolitik. Schon wenige Monate nach Kriegsende begann in Großbritannien eine öffentliche Diskussion über die Fehler und Versäumnisse der britischen Besatzungspolitik.

---

<sup>72</sup> Fischer, 1971, S. 56.

<sup>73</sup> Fischer, 1971, S. 57 ff.

<sup>74</sup> Koszyk, 1986, S. 138 f.

<sup>75</sup> Der Berater der britischen Kontrollkommission, Christopher Steel, warf in diesem Zusammenhang der amerikanischen Pressepolitik vor, „wichtige Stationen der Umerziehung des deutschen Volkes gemäß demokratischer Prinzipien“ ausgelassen zu haben, als sie Anfang 1946 die Verantwortung für die Presse und Administration weitgehend den Deutschen überlassen habe. Dagegen habe die britische Militärregierung versucht, Stufe für Stufe mit beträchtlicher Geduld und mit nicht geringem Erfolg die Deutschen für ein wohlgeprobtes System demokratischer Regierung umzuerziehen. (Koszyk, 1986, S. 138)

Das Ziel, die Deutschen von ihrer Schuld am Nationalsozialismus und am Krieg zu überzeugen, um davon ausgehend die Umerziehung durchführen zu können, wurde nicht erreicht. Stattdessen neigte die deutsche Bevölkerung dazu, die Besatzungsmächte für den Krieg mitverantwortlich zu machen, da die Alliierten das Naziregime 1933 geduldet hätten.<sup>76</sup>

Der Direktor der britischen Informationskontrolle, Michael Balfour, erklärte schon im August 1945, zwar habe die britische Militärregierung angesichts der Schwierigkeiten, denen sie unterworfen war<sup>77</sup>, gute Arbeit geleistet, es seien ihr jedoch Fehler zuzuschreiben. So habe sie zu wenig die Erfahrungen und Kenntnisse der deutschen Emigranten genutzt<sup>78</sup>, dafür sich aber im Verwaltungsbereich zu sehr auf die deutsche Bevölkerung verlassen. Offiziere, die kaum deutsch sprachen, hätten sich zu sehr auf ihre Dolmetscher verlassen, ohne dabei zu bedenken, dass gerade die gebildeten, englischsprachigen Deutschen den nationalsozialistischen Kreisen angehört hätten, somit auch politisch unzuverlässig seien. Schließlich hätte, bedingt durch mangelhafte Ausbildung der Offiziere und auch durch das situationsbedingte Chaos in Deutschland ein Informationsmangel über Deutschland und seine Bevölkerung zu Fehlentscheidungen geführt. „Man habe weder das Personal, noch die Ressourcen gehabt, um den hohen Ansprüchen zu genügen, die man sich selbst gesetzt hatte. Auch seien die Vorbereitungen nicht ausreichend gewesen.“<sup>79</sup> Zwar hatten die Briten durch die eingerichteten Institutionen und die von ihnen betriebene Presse- und Informationspolitik eine Grundlage für die beabsichtigte Umerziehung geschaffen, aber mit ihrem eigenen Verhalten arbeiteten sie ihren Absichten entgegen.

Die Kritik der deutschen Bevölkerung an der britischen Besatzungspolitik schien anfangs durch die langsame Entwicklung der Lizenzierungsverfahren und des dadurch bei den Briten verbleibenden Informationsmonopols aufgefangen werden zu können.

Doch verschlechterte sich infolge des ersten Nachkriegswinters die an sich schon negative Stimmung in der Bevölkerung, was neue Maßnahmen notwendig machte.

Die seit Februar 1946 erlassenen Direktiven der Militärregierung zur Presse- und Informationspolitik befassten sich mit der Darstellung der britischen Kolonialpolitik, der schlechten Versorgungslage in der britischen Besatzungszone, den Nürnberger Prozessen und der Entwicklung in Berlin, die die Furcht vor einem neuen Krieg schürte.<sup>80</sup> Gerade die schlechte Versorgungslage und die Demontagepolitik der Alliierten verstärkten den unter der Bevölkerung weitverbreiteten Hang zum Pessimismus<sup>81</sup>, sah man doch in Deutschland die schlechte Versorgungslage nicht als Folge einer weltweiten Versorgungsknappheit, sondern als Instrument der Alliierten, die besiegten Deutschen „zur Strafe“ auszuhungern; ähnliches

---

<sup>76</sup> Koszyk, 1986, S. 133.

<sup>77</sup> Koszyk, 1986, S. 142.

<sup>78</sup> ders., S. 143.

<sup>79</sup> ders., S. 143.

<sup>80</sup> ders., S. 147.

<sup>81</sup> ders., S. 148.

gilt im übertragenen Sinne für die Demontagepolitik<sup>82</sup>. Die Stimmung wurde unter der deutschen Bevölkerung als so explosiv und ablehnend eingeschätzt, dass im Laufe des Jahres 1947 die britische Umerziehungspolitik in Bezug auf Presse und Information vom rigiden Kontrollsystem zum Informationssystem hin geändert wurde. Das bedeutete, es gab bessere Hintergrundinformationen für die britischen Verwaltungsoffiziere, damit sie in häufigeren Gesprächen mit deutschen Redakteuren die britische Position klarer vertreten konnten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Lizenzblätter regelrecht geweigert, britische Nachrichten zu übernehmen, weil die deutsche Leserschaft von diesen Nachrichten nichts hielt.<sup>83</sup>

Einen ähnlichen Zweck beabsichtigte PR/ISC zu erreichen, indem sie Kontakte durch Besuche in Großbritannien zwischen deutschen und britischen Journalisten zu schaffen suchte.

In die Richtung einer Liberalisierung der Pressepolitik liefen auch die Direktiven, die von 1947 an von der britischen Militärregierung erlassen worden waren.

Mit der Direktive Nr. 40 des Alliierten Kontrollrates aus dem Oktober 1946 war es auch der Presse der britischen Zone, sowie den Parteien gestattet, die deutschen politischen Probleme frei zu diskutieren, sofern dies nicht mit antidemokratischer Tendenz geschah.<sup>84</sup>

Der harte Kurs der Besatzungsmacht den Deutschen gegenüber wurde durch die „Grundsätze für die Information und Publizität über die britische Politik“ vom März 1947 abgeschwächt. Hier wurde ein Unterschied zwischen den deutschen Kriegsverbrechern und deutschen Mitläufern gemacht; die Militärregierung gestand eine gewisse passive Mitverantwortung anderer Mächte an Hitlers politischem Aufstieg zu, ging damit also auf die Meinung innerhalb der deutschen Bevölkerung ein, die Alliierten seien zum Teil mitschuldig am Aufstieg des Nationalsozialismus. In die gleiche Richtung wies ein Interview mit General Robertson vom Anfang des Jahres 1947 in der Zonenzeitung „Die Welt“, in dem er feststellte, die britische Seite habe niemals von einer Kollektivschuld der Deutschen gesprochen.<sup>85</sup>

Die Liberalisierung der britischen Pressepolitik muss auch vor dem Hintergrund der „Operation Talk Back“ gesehen werden, die seit Mitte 1947 in Einklang mit der britischen Militärbehörde von den USA durchgeführt wurde. Im Zuge der sich verhärtenden Gegensätze zwischen Ost und West sollte einerseits der Einfluss der kommunistischen Zeitungen, die seit 1947 auch aus der Sowjetischen Besatzungszone importiert werden konnten, zurückgedrängt werden, andererseits sollte bei der deutschen Bevölkerung um Verständnis und Zustimmung für die Politik der westlichen Alliierten geworben werden.

---

<sup>82</sup> ders., S. 154.

<sup>83</sup> ders., S. 150.

<sup>84</sup> ders., S. 163.

<sup>85</sup> ders., S. 165.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein im August 1947 fertiggestelltes Memorandum der PR/ISC, das an den Unterstaatssekretär des britischen Foreign Office Jenkins gerichtet war.

Darin hieß es, die Deutschen glaubten, Umfragen zufolge, gar keine Nachrichten der britischen lizenzierten Presse mehr, schenkten dafür aber den Ausführungen der kommunistischen Presse mehr Aufmerksamkeit. Es sei dafür zu sorgen, dass nur noch Nachrichten publiziert würden, die sich später als wahrheitsgemäß entpuppen würden. Ein Manko der Berichterstattung läge in der verstärkten Präsentation von Lokalnachrichten, zuungunsten von internationaler Berichterstattung.

In der deutschen Bevölkerung bestünde noch aus der Zeit der Weimarer Republik eine Aversion gegen die Parteipresse. Aus diesem Grunde, und weil die Parteipresse auch nach Übernahme eines Teils der Verantwortung für die landespolitischen Belange durch die Landesregierungen die Politik der CCG/BE kritisiere, sei es unerlässlich, zumindest in den Zentren der britischen Besatzungszone – Hamburg und Ruhrgebiet – unabhängige Zeitungen herauszugeben. Dies würde zwar zu Kürzungen der ohnehin schon knappen Papierzuteilung der Parteipresse führen, dem sei aber durch verstärkte Papierimporte aus Übersee abzuhelpfen. Zudem ermöglichten zusätzliche Papierlieferungen es, die britische Lizenzpresse täglich erscheinen zu lassen, womit auch ein publizistisches Gegengewicht zur Presse der SBZ geschaffen würde.<sup>86</sup>

### **0.2.5. D P D**

Mit der Übernahme der Besatzungsmacht in ihrer Zone stellte sich die britische Militäradministration die Aufgabe, einen Pressedienst für die Zeitungen ihrer Zone einzurichten. Zwar arbeiteten bei den britischen Militärzeitungen schon früh deutsche Journalisten mit, doch waren sie weitgehend auf die regionale bzw. lokale Berichterstattung angewiesen. Die internationalen Nachrichten wurden durch den Allied Press Service in London in die britische Zone transferiert.

Im Juli 1945 entstand der „German News Service“ unter der Regie von Sefton Delmer. An der Tätigkeit dieser Presseagentur waren 30 Mitarbeiter, ausschließlich Briten, beteiligt.

Die neuengerichtete Nachrichtenagentur hatte die Aufgabe, die deutsche Presse sowohl mit deutschen als auch internationalen Nachrichten zu versorgen.

---

<sup>86</sup> ders., S. 167; vgl. auch Kutsch, 1988, S. 61 ff.

Die Meldungen sollten ‚kurze, objektive und zutreffende Berichte nach englischem Muster sein (...) und jene Achtung vor den Rechten des Staatsbürgers aufweisen<sup>87</sup>, die den Meldungen der früheren deutschen Zeitungen gefehlt hatte.

Schon im Juli 1945 war ein Austausch von Nachrichten mit dem Pressedienst in der amerikanischen Zone vereinbart worden. Im Dezember 1945 wurde der German News Service in „Deutscher Presse-Dienst“ umbenannt.

Im Sommer 1946, der dpd hatte seit Anfang des Jahres einen eigenen Etat, wurden regionale Büros in Hannover, Düsseldorf, Dortmund und Berlin eingerichtet, die später noch um Niederlassungen in Frankfurt/Main, Stuttgart, Nürnberg, München und Koblenz erweitert wurden.<sup>88</sup>

In diesen Zeitraum, Sommer 1946, fielen auch die ersten Hinweise der britischen Militärregierung an die deutschen Verleger, Konzepte für die Übernahme von dpd in deutsche Hände zu entwickeln. Deren Überlegungen führten zur Umwandlung des dpd in eine GmbH am 1. Januar 1947. Im Zuge der fortschreitenden Liberalisierung der britischen Pressepolitik erfolgte dann am 5. Juli 1947 die Übernahme der dpd als Genossenschaft durch alle 48 Lizenzzeitungen inklusive der Zonenzeitung „Die Welt“, zu gleichen Anteilen an dpd.<sup>89</sup>

Chefredakteur war Fritz Sängler, bis dato Herausgeber des SPD-Pressedienstes. Ebenfalls am 5. Juli 1947 wurde bei dpd die Nachzensur eingeführt. Zur gleichen Zeit erhielten ausländische Nachrichtenagenturen Zugang zum Pressegeschehen in der britischen Zone.<sup>90</sup>

## **0.2.6. Unabhängige Zeitungen**

### **0.2.6.1. „Die Welt“**

Im Zuge der Überlegungen von PWD/SHAEP zur Umerziehungspolitik wurde ein Konzept für eine zonenweit verbreitete Zeitung entwickelt. Als Modell für die Lizenzpresse war sie in erster Linie für die deutschen Journalisten gedacht, denen hier die Berichterstattung der anglo-amerikanischen Presse veranschaulicht werden sollte. Deutschen Journalisten sollte hier die Möglichkeit gegeben werden, die gewohnte Art der Berichterstattung, bei der Nachrichten und Kommentar vermischt wurden, abzulegen und sich die neue Form der Zeitungsarbeit, Trennung von Kommentar und Nachricht anzueignen.

---

<sup>87</sup> Koszyk, 1986, S. 200.

<sup>88</sup> ders., S. 202.

<sup>89</sup> ders., S. 202; s. auch Kutsch, 1988, S. 64.

<sup>90</sup> Koszyk, 1986, S. 203.

Zudem sollte mit der Zonenzeitung den politisch zwar zuverlässigen, aber aufgrund der Arbeitsverbote zwischen 1933 und 1945 ungeübten Journalisten Gelegenheit zur praktischen Arbeit gegeben werden.<sup>91</sup> In der britischen Besatzungszone war mit Erstellung der Konzeption der Zonenzeitung und ihrer Durchführung zu Anfang Sefton Delmer beauftragt worden. Seine Vorstellungen von einer leicht lesbaren, interessant aufgemachten Zeitung wurden vom Foreign Office der britischen Regierung jedoch nicht geteilt und Delmer vom Projekt der Zonenzeitung abberufen, wodurch die Publikation einer zonalen Zeitung verzögert wurde.

Ein Entwurf des Foreign Office vom 25.9.1945 umriss die Ziele, die die britische Regierung mit der Herausgabe der Zonenzeitung zu verwirklichen beabsichtigte:

Die deutsche Bevölkerung sollte dazu befähigt werden, „ihre eigenen Probleme vor dem Hintergrund der Weltpolitik zu sehen“<sup>92</sup>, sowie eine unabhängige und demokratische Denkweise zu entwickeln. Gerade der überparteiliche, überregionale Charakter biete die Möglichkeit, Artikel von allgemeinem Interesse zu publizieren. Zudem sollte die Berichterstattung dazu beitragen, die Arbeit der Militärregierung zu erleichtern. Welt- und deutsche Nachrichten sollten umfassender repräsentiert sein als in der lokal begrenzten Lizenzpresse.<sup>93</sup> Die Zonenzeitung „(...) sollte eine Art ‚offenes Forum‘ sein, das die deutschen Leser vor allem in Kontakt mit der übrigen Welt bringen sollte, (...)“.<sup>94</sup>

Für die Erprobungsphase hatte die britische Militärregierung Hamburg als Produktionsort und Verbreitungsgebiet ausgewählt. Vom 18.9.1945 an erschien eine Reihe von Nullnummern der „Norddeutschen Zeitung“, wie die Zonenzeitung benannt worden war. Die Nullnummern, deren Ausgaben nicht für den Vertrieb bestimmt waren, enthielten auf Seite 1 internationale Nachrichten, auf der 2. Seite Kommentare und Leserbriefe. Die 3. Seite befasste sich mit dem Geschehen in Deutschland, während Seite 4 Lokal- und Sportnachrichten enthielt.

Durch die Entlassung Sefton Delmers und seines Teams verzögerte sich die Publikation der geplanten Zonenzeitung bis zum Frühjahr 1946. Im März 1946 erschien die erste Ausgabe der Zonenzeitung, die nun „Die Welt“ hieß. Im April 1946 wurde die Chefredaktion mit dem Deutschen Rudolf Küstermeier besetzt, der unter dem nationalsozialistischen Regime in Haft gehalten worden war.

„Die Welt“ brachte Berichte über das amerikanische, britische und französische Kulturleben, von dem während des Nationalsozialismus kaum irgendwelche Nachrichten an ein breiteres Publikum in Deutschland gelangt waren. Die Zeitung widmete sehr viel Aufmerksamkeit den demokratischen Institutionen der Nachkriegszeit, deren Arbeit für die

---

<sup>91</sup> Koszyk, 1986, S. 205.

<sup>92</sup> ders., S. 206.

<sup>93</sup> ders. S. 206 f.

<sup>94</sup> ders., S. 212.

Belange Deutschlands von Bedeutung waren. So gab es Berichte etwa über britische Unterhausdebatten, die Vereinten Nationen und den Außenministerrat. Seit Ende des Jahres 1946 ermöglichte ein Austauschabkommen mit der „Times“ die Veröffentlichung von „Times“-Artikeln in der „Welt“. Schon im Oktober 1946 hatte die britische Besatzungsbehörde eine Redaktionsnebenstelle in Essen eingerichtet und seit dieser Zeit auch die Erscheinungsweise von 2 auf 3 Ausgaben pro Woche umgestellt.<sup>95</sup> 1946 wurde auch Sebastian Haffner für eine Mitarbeit an der „Welt“ als Londoner Korrespondent gewonnen.

In einem Memorandum vom 15.12.1947 der PR/ISC wurde „Die Welt“ als deutschsprachige britische Zeitung bezeichnet, die „eine zentrale Rolle bei allen Plänen für die künftige Verbreitung der britischen Politik in Deutschland“ spiele.<sup>96</sup>

Ende 1947 wurde aber zugleich auch überlegt, „Die Welt“ als britische Zeitung aufzugeben, was angesichts des im deutschen Journalismus noch latent vorhandenen Hang zum Nationalismus zum Ruin der ursprünglich konzipierten Absicht, ein objektives, demokratisch orientiertes Blatt zu publizieren, geführt hätte. Aus diesem Grund wurde die Herausgabe der „Welt“ beibehalten, bis im Mai 1950 der britische Einfluss mit der endgültigen Übergabe der Zeitung in deutschen Besitz aufgegeben wurde.<sup>97</sup>

#### **0.2.6.2 Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Westdeutsche Zeitung“**

Aufgrund der wiederholt fehlgeschlagenen Versuche der britischen Militärregierung, Einfluss auf die Darstellung Großbritanniens in den Lizenzblättern zu nehmen, wurde die Gründung unabhängiger Zeitungen forciert. Neben der Zeitung „Die Welt“, die seit 1946 erschien, wurden für Nordrhein-Westfalen die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Westdeutsche Zeitung“ mit einer britischen Lizenz versehen herausgegeben.

Die WAZ erschien zum ersten Mal am 3.4.1948 in Bochum; die Lizenz war Erich Brost erteilt worden, der in der PWE mitgearbeitet hatte, zeitweilig Chefredakteur der „Neuen Ruhr-Zeitung“ gewesen war und danach Verbindungsmann der SPD zum Kontrollrat in Berlin war.

Die „Westdeutsche Zeitung“ erschien seit dem 2.7.1948 in Düsseldorf. Lizenzträger war Wilhelm Elfes, CDU-Mitglied und Oberbürgermeister von Mönchen-Gladbach.<sup>98</sup>

Beide Zeitungen sollten überparteiliche Berichterstattung betreiben, und so ein Gegengewicht zu den parteinahen Zeitungen schaffen, von denen die Briten annahmen, sie

---

<sup>95</sup> Koszyk, 1986, S. 212.

<sup>96</sup> Koszyk, 1986, S. 215.

<sup>97</sup> Koszyk, 1986, S. 215 f.

<sup>98</sup> Koszyk, 1986, S. 235.

stunden der britischen Verwaltung nicht in dem Maße loyal gegenüber wie ursprünglich gefordert.<sup>99</sup>

### **0.2.7. Presserecht für Nordrhein-Westfalen**

Im Frühjahr 1947 begannen Beratungen der britischen Militärbehörden darüber, wie ein Teil der Verantwortung für die deutsche Presse den Deutschen überlassen werden könnte.

Vorgesehen war, Landespresseausschüsse einzurichten, die die Lizenzierungsverfahren durchführen sollten. Der Vorschlag von deutscher Seite, die Verantwortung dafür den Landesministerien zu übertragen, wurde abgelehnt. Es ging der britischen Militäradministration darum, unabhängige, nicht parteipolitisch orientierte Ausschüsse zu bilden.<sup>100</sup>

In der Verordnung Nr. 108 der britischen Militärregierung wurden die Landesregierungen der britischen Zone beauftragt, für das jeweilige Land einen Beratungsausschuss einzusetzen, dem folgende Aufgaben oblagen:

„- die Erteilung bzw. Entziehung von Lizenzen für die Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften innerhalb des Landes, sowie die Überprüfung der zu gewährenden Auflagenhöhe;

- bei der Beschaffung und Zuweisung des für die Herstellung und Herausgabe der Zeitungen erforderlichen Materials mitzuwirken;

- bei allen die Presse betreffenden Angelegenheiten mitzuwirken, soweit sie der Militärregierung nicht ausdrücklich vorbehalten waren.“<sup>101</sup>

Der Beratungsausschuss sollte mindestens 12, höchstens 20 Mitglieder umfassen und nach den folgenden Kriterien zusammengesetzt sein:

- mindestens ein Viertel der Mitglieder musste die anerkannten Vereinigungen der Zeitungs- und Zeitschriftenlizenzträger vertreten, ein weiteres Viertel die Chefredakteure und Journalisten; mindestens ein Viertel sollte aus Vertretern der Öffentlichkeit zusammengesetzt sein;<sup>102</sup>

---

<sup>99</sup> ebenda.

<sup>100</sup> Das Bestreben, die Unabhängigkeit der Presse zu bewahren, ging sogar so weit, dass Minister und Politiker nur auf ausdrückliche Einladung des Presseausschusses hin an den Sitzungen teilnehmen durften. (Koszyk, 1986, S. 238).

<sup>101</sup> Koszyk, 1986, S. 238.

<sup>102</sup> Bei den berufspolitischen Organisationen handelte es sich um den Mitte Juni 1945 aus den Journalistenvereinigungen der britischen Zone gegründeten Nordwestdeutschen Journalistenverband, unter dem Vorsitz von Erich Klambunde und Fritz Sänger, sowie um den 2 Monate später in Oldenburg gegründeten Nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Verein mit Emil Groß von der Bielefelder Zeitung „Freie Presse“ als Vorsitzenden. (Kutsch, 1988, S. 55f.).

- bei den Vertretern der Öffentlichkeit war Unabhängigkeit von finanziellen Interessen an der Presse Bedingung für die Aufnahme in den Ausschuss; kein Ausschussmitglied durfte als Vertreter einer politischen Partei benannt oder gewählt werden; zudem sollte ein angemessener Ausgleich zwischen den einzelnen im Lande bestehenden politischen und gesellschaftlichen Interessenrichtungen bestehen.

War der Ministerpräsident mit einem Vertreter im Landespresseausschuss nicht einverstanden, so musste die Angelegenheit dem Landeskommisar der Militärregierung überwiesen werden.<sup>103</sup>

Das Sekretariat hatte der Ministerpräsident zu stellen, persönliche und Sachleistungen waren aus dem Landesetat zu begleichen. Die Ausschussarbeit war ehrenamtlich. Unterausschüsse hatten sich in ihrer Zusammensetzung am Hauptausschuss zu orientieren.

Den Landespresseberatungsausschüssen war der Zonenpresserat übergeordnet. Seine Aufgabe bestand darin, die Arbeit der Landesausschüsse zu koordinieren und die Verhandlungen für die Papierzuteilungen zu führen. Der Zonenpresserat setzte sich aus 20 Mitgliedern zusammen, von denen 12 den jeweiligen Landesausschüssen angehörten. Dabei stellten Nordrhein-Westfalen 5, Niedersachsen 3, Hamburg und Schleswig-Holstein je 2 Mitglieder. Je vier Mitglieder gehörten den zugelassenen Zonenvereinigungen der Verleger und Journalisten an.<sup>104</sup>

Die Kosten des Zonenpresserates waren formal dem Zonenhaushalt zugeordnet, realiter aber im Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen ausgewiesen.

Nach länger andauernden Querelen über die Zusammensetzung des Zonenpresserates trat dieser am 22.5.1948 in Minden zur konstituierenden Sitzung zusammen.

Emil Groß, Lizenzträger der „Freien Presse“, Bielefeld, wurde zum Vorsitzenden, Dr. Friedrich Vogel, Lizenzträger des „Handelsblattes“ zu seinem Vertreter gewählt. Die Verleger entsandten Prof. Dr. Paul Heile, Lizenzträger der „Hamburger Freien Presse“ (FDP), Dr. Anton Betz, Lizenzträger der „Rheinischen Post“, Düsseldorf (CDU) und Axel C. Springer, Lizenzträger des „Hamburger Abendblattes“.

Für die Journalisten sprachen im Zonenpresserat neben Friedrich Vogel, Fritz Sängler, Dr. Alfred Frankenfeld, stellvertretender Chefredakteur der „Hamburger Freien Presse“, sowie Wilhelm Korpeter Chefredakteur der „Hannoverschen Presse“ (SPD). Als Vertreter der Landesausschüsse fungierten Dr. Reinhold Heinen, „Kölnische Rundschau“, Egon Stiller, Peter Waterkorte, Josef Noe (Düsseldorf) sowie Willi Stöppler (Bielefeld) für Nordrhein-Westfalen. Für Niedersachsen waren Otto Behrens (Oldenburg), Robert Hoffmeister (Hannover) und Andreas Blunck (Winsen an der Aller) als Vertreter entsandt worden. Schleswig-Holstein wurde durch Paul Bugdahn und Rolf Spoerhase vertreten.

---

<sup>103</sup> Koszyk, 1986, S. 239.

<sup>104</sup> ebenda.

Der beratende Landesausschuss für Nordrhein-Westfalen hatte 20 Mitglieder, der niedersächsische und der hamburgische je 15, der schleswig-holsteinische 17 Mitglieder. Vorsitzende waren (in der angegebenen Reihenfolge) Josef Noe (12.5.1948), Hans Eckensberger (April 1948), Fritz Sänger und Karl Ratz.<sup>105</sup>

Durch die beratenden Landespresseausschusse wurden in den einzelnen Ländern bis zum 31.12.1948 in folgendem Umfang Zeitungen und Zeitschriften lizenziert:

- NRW 3 Zeitungen 104 Zeitschriften
- NS 3 Zeitungen 48 Zeitschriften
- HH 1 Zeitung 97 Zeitschriften
- SH 1 Zeitung 34 Zeitschriften.<sup>106</sup>

Am 20.7.1948 fasste der Zonenpresserat den Beschluss, die Beschränkung der Auflagenhöhe aufzuheben. Dadurch erhöhte sich die Gesamtauflage in den einzelnen Ländern wie folgt:

- NRW von 3,4 auf 3,716 Millionen;
- NS von 518.000 auf 526.000;
- HH von 593.000 auf 745.000;
- SH von 6,011 auf 6,661 Millionen.<sup>107</sup>

PR/ISC zog sich mit der Zulassung der Presseausschusse aus dem Aufgabenbereich zurück, behielt sich aber noch die übergreifende Kontrolle und ein Vetorecht bei der Lizenzvergabe vor. Den neuen Aktionsbereich sah man für PR/ISC darin, „den Deutschen die britischen Absichten und die Weltpolitik zu erläutern“.<sup>108</sup>

Seit 1947 hatte die Pressepolitik der frei westlichen Alliierten, speziell der Amerikaner und Briten, eine neue Richtung genommen. Im Vordergrund stand die antikommunistische Berichterstattung. In diesem Zusammenhang ist der Entwurf einer Mitarbeiterin von PR/ISC zur Informationspolitik der britischen Besatzungsmacht interessant. Grace Rolleston stellte darin als wichtig heraus, antikommunistisches Material für Publicity-Zwecke, Belege für die Haltung der politischen Parteien und der öffentlichen Meinung im allgemeinen gegenüber dem Kommunismus, Belege für ein Wiedererwachen des Nazismus oder

---

<sup>105</sup> Koszyk, 1986, S. 242.

<sup>106</sup> ders., S. 243.

<sup>107</sup> ders., S. 243 f.

<sup>108</sup> ders., S. 230.

Nationalsozialismus, feindliche oder ungünstige Kommentare über die Besatzungsmächte zu sammeln.<sup>109</sup>

Während die deutschen Redakteure sich weiterhin nur sehr zurückhaltend über die westlichen Alliierten äußern durften, hatten sie völlig freie Hand bei der Berichterstattung über die Lage in der SBZ. „Was zuvor nach der Kontrollratsdirektive Nr. 40 verboten war, sollte nunmehr verstärkt in die (antikommunistische) Propaganda eingebracht werden, nämlich Nachrichten über sowjetische Deportationen, Demontagen, Konzentrationslager, Beseitigung politischer Freiheiten, Korruption oder Meinungsverschiedenheiten unter den Funktionäre der SED.“ Berichte über ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse und die Ermutigung eines deutschen Militarismus durch die Sowjets, z.B. durch Rekrutierung ehemaliger deutscher Offiziere wurden in diesem Bericht als nützlich bezeichnet.<sup>110</sup>

---

<sup>109</sup> ders., S. 233.

<sup>110</sup> ebenda.